

Working Paper Series

Arbeitspapiere und Dokumentationen
des Forschungsschwerpunktes
„Kommunikation, Medien und Politik“

Wortlaut der ersten Fernsehdebatte zur
Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen
am 22. Mai 2005

Jürgen Maier
Carolin Jansen

Arbeitspapiere und Dokumentationen des Forschungsschwerpunkts „Kommunikation, Medien und Politik“

ISSN (Online): 2195-6030

Die Arbeitspapiere und Dokumentationen des Forschungsschwerpunkts „Kommunikation, Medien und Politik“ dienen der Darstellung vorläufiger Ergebnisse, die in der Regel noch für spätere Veröffentlichungen überarbeitet werden. Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen – auch bei nur auszugsweiser Verwertung.

Herausgeber/Editors

Mitglieder des Steering Committees des Forschungsschwerpunkts „Kommunikation, Medien und Politik“:

Prof. Dr. Rüdiger Grimm (Fachbereich 4: Informatik)

Prof. Dr. Jürgen Maier (Fachbereich 6: Kultur- und Sozialwissenschaften)

Prof. Dr. Michaela Maier (Fachbereich 8: Psychologie)

Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli (Fachbereich 6: Kultur- und Sozialwissenschaften)

Prof. Dr. Manfred Schmitt (Fachbereich 8: Psychologie)

Wortlaut der ersten Fernsehdebatte zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005

**Jürgen Maier
Carolin Jansen**

Nr. 11/2013

Kontaktdaten der Verfasser:

Abteilung Politikwissenschaft

Institut für Sozialwissenschaften

Fachbereich 6: Kultur- und Sozialwissenschaften

Universität Koblenz-Landau, Campus Landau

Kaufhausgasse 9

76829 Landau

E-Mail: maierj@uni-landau.de, jansenc@uni-landau.de

Wortlaut der ersten Fernsehdebatte zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005

Jürgen Maier
Carolin Jansen

Zur Fernsehdebatte

Am 5. Mai 2005 wurde die erste der zwei Fernsehdebatten im Landtagswahlkampf 2005 zwischen den beiden Ministerpräsidentenskandidaten, Amtsinhaber Peer Steinbrück (SPD) und Herausforderer Jürgen Rüttgers (CDU), ausgestrahlt. Die rund 60-minütige Diskussionssendung begann um 17:40 Uhr und wurde von einem der größten deutschen privat-kommerziellen Anbieter übertragen (RTL). Unter Ausschluss von Publikum befragten die zwei Moderatoren Peter Kloeppel und Heiner Bremer (beide RTL) die beiden Kandidaten.

Vorbemerkung

Der Wortlaut der Debatte wird exakt dokumentiert. Die Aussagen der drei Kandidaten sowie der zwei Moderatoren werden in 30-Sekunden-Blöcken eingeteilt. Darüber hinaus werden folgende parasprachliche Besonderheiten der Redebeiträge erfasst:¹

- (uv) unverständliche Rede
- ^ parasprachlicher Einschublaut (äh, öh, ömm usw.)
- kurze Pause
- längere Pause
- [simultanes Sprechen
- „...“ nachprüfbares wörtliches Zitat
- ...‘ sinngemäßes Zitat

¹ Die Erfassung der parasprachlichen Elemente erfolgt unter Anwendung der in Josef Klein (1990): Elefantenrunden „Drei Tage vor der Wahl“: Die ARD-ZDF-Gemeinschaftssendung 1972-1987, Baden-Baden, Teil II: Texte, S. I, entwickelten Systematik.

Transkript

Zeit	Steinbrück	Rüttgers	Moderatoren
00:00:00			<p>KLOEPPEL: Guten Abend meine Damen und Herrn, im Herzen des Ruhrgebiets. Genauer gesagt im Landschaftspark Duisburg-Nord, einem ehemaligen Stahlwerk, hier zu Füßen der erkalteten Hochöfen, wo Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von Nordrhein-Westfalen aufeinander treffen, begrüßen Heiner Bremer und ich Sie ganz herzlich zum ersten Fernsehduell der Spitzenkandidaten dieser Nordrhein-Westfalen-Landtagswahl.</p>
00:00:30			<p>BREMER: In gut zwei Wochen wird an Rhein und Ruhr gewählt, eine Wahl, die man mit Recht eine kleine Bundestagswahl nennen kann, denn ihr Ergebnis wird ganz sicherlich Auswirkungen auf die weitere Bundespolitik haben. Deshalb haben sich beide Kandidaten auch bereit erklärt, hier bei uns - sich einen direkten Schlagabtausch vor laufenden Kameras zu liefern.</p> <p>KLOEPPEL: Auf ein Korsett von Regeln haben wir uns einvernehmlich geeinigt, dass wir das nicht haben möchten,</p>

00:01:00	<p>denn wir möchten möglichst einen lebendigen und natürlich auch informativen Streit der beiden Kontrahenten erleben. Und damit es fair zu geht, da sind wir einfach hier, da werden wir schon für sorgen, dass das auch so wird.</p> <p>BREMER: [Jo. Und wir werden dafür sorgen, das wird sicherlich klappen. Wir begrüßen ganz herzlich Ministerpräsident Peer Steinbrück von der SPD. Er ist 58 Jahre alt, verheiratet, hat drei Kinder, hat Volkswirtschaft und Soziologie studiert und ist seit 2002 Ministerpräsident hier in Nordrhein-Westfalen.</p> <p>KLOEPPEL: Guten Abend, Herr Steinbrück.</p>
00:01:30	<p>[Guten Abend, (uv), guten Abend Herr Bremer.</p> <p>Guten Abend.</p> <p>Und sein Herausforderer, sein Herausforderer ist Jürgen Rüttgers von der CDU, er ist 53 Jahre alt, er ist ebenfalls verheiratet, er hat ebenfalls drei Kinder, seit 1999 ist er Landesvorsitzender der CDU in Nordrhein-Westfalen und er hat Rechtswissenschaften und Geschichte studiert. Guten Abend Herr Rüttgers.</p> <p>BREMER: Guten Abend, Herr Rüttgers. -- Es ist ein Schlagabtausch</p>

		und wir gehen mal davon aus, dass
00:02:00	Ach, ich bin dagegen, dass man seinen Kontrahenten oder sich selber charakterisiert, aber ich glaube, wir haben beide inzwischen einen Wahlkampf hinter uns, der sehr fair gewesen ist. Wir haben gegenseitig unsere Integrität glaub ich respektiert, sind fair miteinander umgegangen, auch wenn wir an vielen Punkten sehr unterschiedlicher Meinung sind.	es so richtig schön zur Sache geht. Hart, aber fair und möglichst aufklärerisch. Wenn Sie vorher noch mal die Chance nutzen, vielleicht die einzige Gelegenheit, etwas Nettes über Ihren Kontrahenten zu sagen, Herr Steinbrück?
	[Da kann ich mich voll, da kann ich mich voll anschließen.	KLOEPPEL: Das war ja schon ganz gut, Her Rüttgers, was fällt Ihnen an netten Dingen ein?
00:02:30	Wir sind an vielen Punkten unterschiedlicher Auffassung, aber dass wir bisher miteinander anständig umgegangen sind, das muss man sagen.	BREMER: Herr Rüttgers kann sich ein solches Lob ja auch eigentlich viel eher leisten, die Ausgangslage im Augenblick zumindest in diesem Wahlkampf spricht eher für Sie und Ihre CDU und weniger für die SPD. In den Umfragen liegt die CDU bei 45 Prozent, die SPD nur zwischen 34 und

	<p>35. Schwarz-Gelb, also CDU-FDP hätte eine klare Mehrheit über 50 Prozent.</p>
<p>00:03:00</p>	<p>-- Das Hauptthema ist offenbar die Arbeitslosigkeit, so sehen es offenkundig auch die Wähler.</p> <p>MAZ: „Ja, ich bin 41 Jahre alt, seit fast einem Jahr arbeitslos. ^ Suche eine Vollzeitstelle, habe weit über hundert Bewerbungen geschrieben, bislang alles nur Absagen und habe Angst, ^ nicht mehr in dem ersten Arbeitsmarkt vermittelt zu werden. Umso länger ich arbeitslos bin.“</p>
<p>00:03:30</p> <p>Nein, keineswegs. Es ist Fakt, dass seit 25 Jahren wir eine hohe Arbeitslosigkeit haben. Sowohl christdemokratische wie sozialdemokratische Bundesregierungen haben das im Wesentlichen nicht ändern können.</p>	<p>BREMER: Herr Ministerpräsident, das ist eine von 1,06 Millionen arbeitslosen Stimmen hier in Nordrhein-Westfalen. Sie haben bisher diesen Stimmen nicht versprochen, Arbeitsplätze schaffen zu können, Sie haben nur gesagt, Sie wollen sich dafür einsetzen. Haben Sie schon resigniert?</p>
<p>00:04:00</p> <p>Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein besonderes Problem, als eine sehr alte</p>	

Industrieregion, die in diesem Strukturwandel einen hohen Nachholbedarf hat. Ich kann viele Beispiele liefern, wo ich mich gekümmert habe, ob das ein Luftverkehrsunternehmen wie LTU ist, ob es ein Mannesmann Rohrbau ist, ob es ein Anlagenbauer wie Babcock ist oder ob es ein Automobilbauer in Bochum ist wie Opel. Da kann ich mich konkret einsetzen. Ich war derjenige, der auf der Bundesebene unterstützt hat die Verbesserung von Rahmenbedingungen. Wir haben nie so gute Unternehmenssteuerbedingungen gehabt wie heute.

00:04:30

Jedenfalls nicht in den letzten 20 Jahren. Sehr viel besser als zu den Zeiten, als Herr Kohl oder Herr Rüttgers regierte. Da erwarte ich langsam eine Rendite für Investitionen, für Arbeitsplätze in der Bundesrepublik. Und wir haben eine Arbeitsmarktreform in Gang gesetzt, die dazu führt, dass insbesondere auch die Sozialhilfeempfänger, soweit sie erwerbstätig sind, mitgezählt werden. Diese Zählweise ist mitverantwortlich dafür, dass in Nordrhein-Westfalen die Arbeitslosigkeit über 1 Million gegangen ist. Herr Rüttgers hat diese Hartz-IV-Reform mit

	<p>verabschiedet. Er hat auch diese Zählweise, diese Arbeitslosenstatistik,</p>
00:05:00	<p>mit verabschiedet. Mit dieser Zählweise hätte er 1998, als die Bundesregierung, seinerzeit Helmut Kohl, abgewählt wurde, dieselbe Arbeitslosigkeit vertreten müssen wie wir heute auch.</p> <p>KLOEPPPEL: Also anders gesagt, Herr Rüttgers, Sie können wahrscheinlich auch nicht viel ändern hier im Land oder wollen Sie und können Sie irgendetwas besser machen in dieser Situation?</p> <p>Das wäre aber ^ ganz schlimm, wenn die Politik sagen würde, ‚wir können nichts ändern‘. Schauen Sie, hinter dieser Zahl von mehr als 1 Million stecken ja Gesichter. Die Frau ist ein solches Gesicht. 45 Jahre</p>
00:05:30	<p>und schon Angst, dass sie in ihrem Leben nie mehr eine Stelle bekommt, weil ^ in dieser Gesellschaft gesagt wird, ‚Du bist zu alt‘. Oder Familienväter, die Angst haben, ihre Familien nicht ernähren zu können. Nein, wir müssen was tun. Ich glaube, man kann auch etwas tun. Und da geht es nicht um die Frage von Zählweisen, sondern da geht es darum, dass wir eine Politik für mehr Wachstum brauchen. Mehr Wachstum schaffen für Beschäftigung und sozial ist, was Arbeit schafft. Das</p>

	<p>ist, glaube ich, das Wichtigste. Und dafür ist der erste und wichtigste Schritt, dass man Arbeitskosten senkt.</p>
<p>00:06:00</p>	<p>Die sind relativ zu hoch, nicht die Löhne, aber die Gesamtarbeitskosten. Da anzusetzen, das ist das, was eine Politik tun kann, damit auch hier in Nordrhein-Westfalen wieder investiert wird und nicht nur irgendwo in Osteuropa.</p> <p>Ich erwarte, dass Unternehmen, die Rekordgewinne machen, Arbeitsplätze schaffen. Würden Sie denn solche Unternehmen als unsozial bezeichnen? Wenn die Rekordgewinne machen und keine Arbeitsplätze schaffen? Ich kann die Frau sehr gut verstehen. Ich bin in meinem Leben drei bis vier Monate mal arbeitslos gewesen. Ich hoffe, dass über die Arbeitsmarktreform, die wir mitgestaltet haben, die Vermittlungsmöglichkeiten</p>
<p>00:06:30</p>	<p>für diese Frau gesteigert wird. ^ Sie soll sich wenden an die regionale Arbeitsagentur und ich hoffe^, dass mit Blick^auf die Bemühungen über Hartz-IV ^ ihr eine Stelle vermittelt werden kann.</p> <p>Also ob da jetzt in den Arbeitsagenturen im Moment wirklich vermittelt ist, will ich jetzt mal nicht näher untersuchen. Das Problem ist doch, wenn Sie mir sagen, wenn Sie darauf</p>

	<p>hoffen, dass Unternehmen hier investieren, warum dann Ihr Parteivorsitzender in Berlin, Müntefering, angefangen hat, die Unternehmer zu beschimpfen als ^ radikal, als</p>
00:07:00	<p>asozial, als Heuschrecken. Und Sie haben ihm ja, wenn auch mit anderen Worten, zugestimmt. Ich glaube nicht, dass man Investitionen hier nach Nordrhein-Westfalen bekommt, da von ausländischen Unternehmen. Sie haben eben von Opel gesprochen. Das ist ein ausländisches Unternehmen, das hier investieren soll, damit bei Opel-Bochum die Arbeitsplätze gesichert werden. Wenn man sie so beschimpft, das macht doch keinen Sinn, das kriegen wir doch nur hin mit sozialer Partnerschaft und nicht mit Klassenkampf.</p> <p>Ich habe den Eindruck, dass Herr Müntefering einen Nerv getroffen hat. Und wenn man dem Papst richtig zugehört hat, hat er ganz ähnliche Einlassungen ^</p>
00:07:30	<p>gelassen ^ gelassen zu einem brutalen, zu einer brutalen Marktwirtschaft, zu einem Kapitalismus, der uns in Teilen aus dem Ruder läuft, der Fehlentwicklungen aufweist. Ich will Ihnen schildern, wie ich konkret ^ damit zu tun habe. Das ist zum Beispiel das Beispiel,</p>

	<p>dass ^ die zahnkassenärztliche Vereinigung sich ihre Vorstandbezüge um bis zu 300 Prozent erhöht. Und am Abend habe ich es mit einer jungen Frau zu tun, alleinerziehend, war Klassen^ war glaube ich Klassenlehrerin, die ^ sehr große Mühe hatte, die Praxisgebühr zu finanzieren. Das heißt, da habe ich ein Beispiel, wo ich</p>	
<p>00:08:00</p>	<p>erwarte, dass die Unternehmensvorstände eine größere Vorbildfunktion in der Bundesrepublik Deutschland wahrnehmen. Das ist so ein Beispiel.</p> <p>[Das sind Vorstände einer zahnkassenärztlichen Vereinigung, die mich ^ konfrontieren mit der Meldung, dass sich ihre Vorstandsbezüge um bis zu 300 Prozent erhöhen. Ich erwarte eine Vorbildfunktion von den Eliten in Wirtschaft, in Politik, in Medien, um die Menschen mitzunehmen in</p>	<p>KLOEPPEL: [Ich glaube, bei dem Zahnarzt müssen wir noch einhalten. Also der Zahnarzt zumindest von sich selber sagte, als er befördert wurde mit diesem höheren Gehalt, er kann jetzt nicht mehr als Zahnarzt arbeiten, deswegen braucht er diese höhere Vergütung. Ich weiß nicht, inwiefern das Beispiel dann jetzt tatsächlich eine funktioniert...</p>
<p>00:08:30</p>	<p>einem schwierigen Reformprozess. Und an vielen Stellen fehlt es an dieser Vorbildfunktion. An vielen Stellen habe ich es</p>	

damit zu tun, dass die steuerlichen Bedingungen für die Unternehmen in Deutschland deutlich besser sind und deshalb erwarte ich auch eine Rendite für den Standort Deutschland und für den Standort Nordrhein-Westfalen.

Aber unabhängig, wie die Zahlen jetzt da im Einzelnen sein mögen, ob die vorher ehrenamtlich, nachher hauptamtlich gearbeitet haben: Der entscheidende Punkt ist doch, dass wir Investitionen bekommen! Und Investitionen kriegt man doch nicht, Herr Steinbrück, indem ich Menschen beschimpfe! Wer soll denn investieren? Es sind doch die Unternehmer.

00:09:00

Und die meisten Unternehmer sind übrigens Mittelständler und die fühlen sich jetzt getroffen von dieser Port^pauschalen Kritik, die da erfolgt war. Das Entscheidende ist doch, dass wir jetzt dafür sorgen, dass wir ein Klima bekommen genau wie nach dem Zweiten Weltkrieg, wo mit sozialer Partnerschaft man gemeinsam darüber redet, wie es denn endlich hier wieder aufwärts geht! Die Tatsache ist, mehr als eine Millionen Arbeitsplätze und die kriegen Sie nicht mit Kritik, pauschal, detailliert, egal wie begründet. Was soll denn konkret passieren? Jeder

	<p>hat doch gespürt, ich habe doch selber Herrn Müntefering gefragt im Fernsehen,</p>
<p>00:09:30</p>	<p>„Was wollen Sie konkret machen?“ Kein einziger konkreter Vorschlag! Stattdessen haben Sie gerade wieder beschlossen, die Unternehmenssteuer zu senken, also genau diejenigen wieder zu entlasten, die Sie gerade beschimpft haben. Das passt doch nicht zusammen!</p> <p>BREMER: [Herr Rüttgers, verstehe ich Sie richtig, dass Sie die Kritik von Müntefering für völlig falsch halten? Auch kein Verständnis dafür haben? Also anders als Ihr möglicherweise demnächst Kollege Böhmer es auch von der CDU gesagt hat,</p>
<p>00:10:00</p> <p>[Nein. Sie stellen Mitbestimmung in Frage, Sie stellen Tarifautonomie in Frage.</p> <p>[Gar nicht. Ist einfach nur eine These, wo Sie nicht so präzise sind.</p>	<p>der hat jetzt erklärt, er verstehe schon die Kritik und da sei auch was dran. Offenbar denken ja auch viele Wähler in bürgerlichen Kreisen, dass irgendetwas mit dieser Wirtschaft aus dem Lot geraten ist.</p> <p>Also ich stehe für soziale Partnerschaft und nicht für Klassenkampf. Und dieselben Leute, und dieselben Leute...</p> <p>Lieber Herr Steinbrück, jetzt nicht so nervös. Darf ich ausreden. Darf ich ausreden, also. Nicht so nervös. Also wir können ja eins nach dem anderen, können gleich über Mitbestimmung ^ reden. Also. Ich stehe für soziale</p> <p>BREMER: [Sie kommen gleich dran.</p>

	Partnerschaft und nicht für Klassenkampf und das heißt,
00:10:30	<p>ich muss mit den Menschen und das sind in dem Fall die Arbeitnehmer genauso wie die Arbeitgeber, versuchen, Investitionen nach Nordrhein-Westfalen zu bekommen. Wenn es da Fälle gibt und die gibt es, ohne jede Frage, die nicht akzeptabel sind, dann ist das immer noch kein Grund, jetzt bloß, weil man unter Druck ist, im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen solche Rundumschläge zu machen. Das ist der entscheidende Punkt, was die Leute ja auch spüren, sonst hätten wir ja schon längst auf eine konkrete Debatte über die Frage, was denn jetzt eigentlich auf diesen Vorstoß von Müntefering folgen soll. Da gibt es ja keine konkreten Vorschläge.</p>
00:11:00	<p>Doch.</p> <p>[Nein, Sie müssen mir erst erlauben, noch darauf einzugehen, dass Herr Rüttgers hier sehr beliebig argumentiert wie in vielen anderen Fällen auch. Lange Zeit auch vor dem Hintergrund der steuerpolitischen Vorstellungen der CDU war er ja für Steuersenkungen, bis hin zu dem</p> <p>KLOEPPEL: Was gibt es denn für konkrete Vorschläge, die Sie machen können, um in Nordrhein-Westfalen mehr Arbeitsplätze zu schaffen?</p>

	<p>Versprechen auf dem Bierdeckel, die Geschichte von Herrn Merz, man könne die Einkommenssteuer weiter senken auf 36 Prozent, ohne dass je die Frage beantwortet werden konnte, wie das finanziert werden soll. Da wurde auch an Selbstfinanzierungsmechanismen erinnert, damals nahm die CDU den Standpunkt ein.</p>
00:11:30	<p>Jetzt sagt die SPD-geführte Bunderegierung, ‚Ja, im internationalen Steuerwettbewerb müssen wir die Unternehmenssteuern für die kleinen und großen Kapitalgesellschaften senken‘. Ist ein richtiger Ansatz. Wir wollen die kleinen und mittleren Unternehmen entlasten von der Erbschaftssteuer, sobald sie Betriebsvermögen übertragen. Im Augenblick blockiert das die CDU. Wir wollen eine bessere Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuer. All dies stellt die CDU im Augenblick in Abrede, obwohl es wichtig wäre, um Investition zu schaffen. Wir hatten nie eine so günstige Unternehmensbesteuerung in Deutschland wie in den letzten 20 Jahren, das ist wichtig für die Investitionen.</p>
00:12:00	<p>Die Sozialpartnerschaft wird im Augenblick nicht von der SPD infrage</p>

	<p>gestellt. Wir wollen eine bewährte Mitbestimmung, die sich hier bewährt hat, insbesondere im Strukturwandel Nordrhein-Westfalens. Wir wollen daran festhalten. Die Tarifautonomie wurde von der CDU infrage gestellt. Noch viel mehr von Ihrem möglichen Koalitionspartner FDP, wo mich interessieren würde, was Sie denn von den Aussagen von Herrn Westerwelle und Herrn Pinkwart halten. Konkret auf der Ebene, wo wir sagen müssen, ‚Ja, da müssen wir aufpassen, dass uns nicht eine Entwicklung weiter droht, die die Arbeitsplätze weiter beschäftigt‘, dann sind wir bei der Entsenderichtlinie, die wir erweitern wollen</p>
00:12:30	<p>auf andere Bereiche als den Baubereich. Wir sind gegen den Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie, der europäischen, gewesen. Wir müssen uns einsetzen für eine Harmonisierung europäischer Steuersysteme, damit es nicht zu Staubsaugereffekten kommt. Das sind konkrete Maßnahmen.</p> <p>[[uv). [Einverstanden.</p> <p>[Gut.</p> <p>BREMER: Aber Herr Steinbrück, hat Herr... Sie kommen sofort dran. Ich will eigentlich das, den Ball zu Ihnen zurück spielen, weil ich eine andere, einen Gedanken von Ihnen -- doch zum</p>

	<p>Überlegen darstellen möchte. Hat Herr Rüttgers nicht ein bisschen Recht, dass die Leute eigentlich die Diskrepanz nicht ganz verstehen können</p>
<p>00:13:00</p> <p>Ja, ich glaube, dass...</p> <p>Nein. Ich glaube, dass man auf einer Werteebene über die Vorbildfunktion, über die gesellschaftliche, Verantwortung von Unternehmen in Deutschland reden darf. Ja, ich bin davon überzeugt. Ich habe genügend Beispiele, wo Vorstandsvorsitzende auch in ihrer Körpersprache nicht dazu</p>	<p>zwischen einer sehr klaren Kapitalismuskritik und einer Politik, die eigentlich dieser Wirtschaft geradezu entgegen kommt. Wie soll ich das verstehen? Ich senke die Steuern für Unternehmen, die ich gerade im gleichen Atemzug kritisierte? [Oder ist das kein Unterschied oder passt das doch zusammen, ich...</p>
<p>00:13:30</p> <p>beigetragen haben, diese soziale Marktwirtschaft so zu vertreten, wie ich das als Vorbild brauche, um andere Menschen in einem schwierigen Prozess mitzunehmen. Würde mich die Meinung von Herrn Rüttgers interessieren. Mich würde interessieren, ob ein Vorstandsvorsitzender, der den Aktienkurs von Kleinaktionären gnadenlos in den Acker gefahren hat und sich anschließend eine</p>	

<p>zweistellige Millionensumme als Abfindung einkassieren will, ob das denn unbedingt den Vorstellungen an die soziale Marktwirtschaft entspricht, die wir für richtig halten.</p>	<p>KLOEPPEL: Nun Herr Rüttgers. Also dass man über eine ^ von der Werteebene darüber diskutieren kann,</p>
<p>00:14:00</p>	<p>ist doch völlig ohne jede Frage. Und dass, wenn Leute in den Vorständen sich dann nachher große Abfindungen in die Taschen stecken, dass das nicht in Ordnung ist, da hat es ja sogar schon Prozesse gegeben, das ist auch außerhalb jeder Frage. Nur reden wir jetzt hier nicht über Werte, sondern wir reden darüber, dass pauschal beschimpft worden ist. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist, es passt nicht zusammen. Selbst die Werteebene mit der Tatsache, dass es Ihre Partei war, die in einem bisher, da stimme ich Ihnen zu, noch nie gekannten Ausmaß, gerade bei den Großunternehmen, die</p>
<p>00:14:30</p>	<p>Körperschaftssteuer gesenkt hat, so stark gesenkt hat und Sie haben das verteidigt, dass ^ in ^ zwei Jahren mehr Körperschaftssteuer ausgezahlt wurde als eingenommen worden ist! Ein Novum in der Weltgeschichte, eine Steuer, wo der Staat mehr</p>

	<p>auszahlt als er überhaupt einnimmt mit der Folge, dass wir Riesenprobleme in den öffentlichen Haushalten bekommen haben. Einer der Gründe, weshalb Sie Milliarden Schulden von Jahr zu Jahr aufgenommen haben, unter denen wir heute leiden. Und Sie haben ja sehr viele Punkte^wieder hintereinander</p>
<p>00:15:00</p> <p>[Unsinn. Unsinn, Herr Rüttgers. Da brauchen Sie sich keinen Popanz ausdenken.</p> <p>[Ach, Sie wissen, dass es Übergangsregelungen sind wie bei den anderen auch.</p>	<p>in Ihrem Beitrag reingenommen, Stichwort Entsendegesetz. Da passt natürlich auch nicht zusammen, dass die Bundesregierung in Berlin gerade noch vor wenigen Tagen in Berlin^, in Brüssel unterschrieben hat, dass demnächst, wenn Rumänien kommt, dass die Bundesregierung dafür sorgt, dass möglichst viele Rumänen demnächst hier bei uns arbeiten, das steht in der Anlage.</p> <p>Das ist kein Unsinn, das steht in der Anlage, das ist kein Popanz, das ist ein Dokument, das die Bundesregierung unterschrieben hat, nachzulesen in den Zeitungen. In einer Situation,</p> <p>BREMER: [Einer zuhören, bitte.</p>
<p>00:15:30</p> <p>Mir kommen die Tränen, Herr Rüttgers. Sie und Ihre Partei vertreten seit Jahren,</p>	<p>wo wir eine Millionen Arbeitslose in NRW haben, noch weitere Leute jetzt aus Rumänien aktiv reinholen. Dafür haben die Menschen kein Verständnis, ich auch nicht.</p>

dass die Steuersätze gesenkt werden müssen. Ohne, dass Sie je eine Antwort darüber gehabt haben, wie das finanziert werden soll. Das hat auf der Einnahmenseite erhebliche Probleme bereitet, in der Tat, nicht nur für Nordrhein-Westfalen, für Bayern, Baden-Württemberg, für alle auch. Und jetzt spielen Sie sich auf als derjenige, der sagt, ‚Soweit dürft ihr aber mit den Steuern bei den Unternehmen auch nicht herunter gehen‘. Wir sind in einem Steuerwettbewerb innerhalb

00:16:00

Europas! Und die Addition aus Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer, Soli führt dazu, dass die Kapitalgesellschaften in Deutschland es sehr schwer haben. Dass wir als Investitionsstandort Schwierigkeiten haben. Jetzt machen die Sozialdemokraten das und dann ist es auch wieder falsch. Also Sie müssen irgendwann aus der Beliebigkeit herauskommen und einen Standpunkt einnehmen, von dem aus Sie diese Politik beurteilen können.

[Darf ich mal, dass es beliebig ist, wenn Sie zuerst das machen und zweitens das Ganze dann beschimpfen.

KLOEPPEL:

Nun haben wir, darf ich ganz kurz noch mal da unterbrechen, meine Herren, nun haben wir viel über Steuerpolitik gesprochen. Die Steuerpolitik wird ja nicht von Ihnen alleine bestimmt,

	<p>sondern das ist Steuerpolitik, die der Bund bestimmt. Was wir von Ihnen schon konkret wissen wollten, war: Wie wollen Sie</p>
<p>00:16:30</p>	<p>Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen schaffen? Sie haben uns geantwortet. Herr Rüttgers, wie stellen Sie sich das vor? Können Sie neue Arbeitsplätze versprechen hier in Nordrhein-Westfalen und wenn ja, wie viele? Im Moment haben wir 1,06 Millionen Arbeitslose – wie viele werden es sein, wenn Sie die Wahl gewinnen sollten?</p> <p>[Nein, die Politik...</p> <p>Politik schafft ja keine Arbeitsplätze, aber sie kann - aber sie kann die Bedingungen so ändern, dass es hier Investitionen gibt. Wir brauchen eine Politik für mehr Wachstum. Die führt zu mehr Beschäftigung und sozial ist, was Arbeit schafft. Das ist der Dreiklang, auf den es ankommt. So. Wenn wir jetzt sagen, ‚Wir haben zu hohe Arbeitskosten‘</p> <p>[Aber sie schafft die Rahmenbedingungen.</p>
<p>00:17:00</p>	<p>und das ist unbestreitbar im internationalen Vergleich. Nicht die Löhne sind zu hoch. ^Wer das sagt, der weiß nicht, wie die Menschen in diesem Land leben. Die Arbeitskosten, kommt ja zu jedem Euro, der ausgezahlt wird, noch einer drauf. Dann gibt es ein paar Sachen, die auch unangenehm sind. Zum Beispiel sage ich, dass wir mehr Arbeiten müssen für</p>

	<p>das selbe Geld. Das senkt die Arbeitskosten relativ. Es hat noch nie ein Volk aus einer Wirtschaftskrise rausgefunden durch weniger Arbeiten wie wir es jetzt 20 Jahre geglaubt haben, zu erreichen.</p>	<p>KLOEPPEL: [Sagen Sie eine konkrete Zahl, 40, 42,</p>
<p>00:17:30</p>	<p>[Ich halte eine flexible 40-Stunden-Woche für richtig. Flexibel heißt, das kann im Einzelfall von Betrieb zu Betrieb sehr unterschiedlich sein. Nur sowie die Frühverrentungen waren ein Irrweg wie der Weg in die 35-Stunden-Woche, denn es ist ja nicht so passiert wie be^wie versprochen worden ist. Ein paar arbeiten weniger und die Jungen kriegen dann Jobs, sondern die sind wegrationalisiert worden. Zweiter Punkt...</p> <p>Na wir haben gerade zum Beispiel im Öffentlichen Dienst ein^eine Tarifverhandlung in dem Bereich, wo sogar selber</p>	<p>44, 46?</p> <p>BREMER: [Aber ist es nicht so, ist es nicht so, dass schon in den meisten Branchen 40, 42 Stunden gearbeitet wird ohne große Schlagzeilen?</p>
<p>00:18:00</p> <p>[Na wer ist denn damals auf die Demonstration gegangen vor dem</p>	<p>zuständig sind und will ausdrücklich sagen, dass ich die Position der Landesregierung unterstütze, dass die Angestellten im Öffentlichen Dienst genauso arbeiten müssen, die selbe Stundenzahl arbeiten müssen wie die Beamten.</p> <p>[Ich war da nicht und ich</p>	

	<p>Landtag, 20.000, 25.000 Leute, als ich an das Urlaubsgeld herangehen wollte, an das Weihnachtsgeld und die Arbeitszeit erhöht habe, wer wollte denn da mit auf die Demonstration, als wir den Lehrern eine zusätzliche Wochenstunde aufgebremst haben, war die CDU da nicht ganz scharf darauf, mit auf das Foto der Demonstration zu kommen? Haben Sie mir das Leben nicht eher schwer</p>	<p>habe Sie öffentlich, und ich habe Sie öffentlich unterstützt!</p>
<p>00:18:30</p>	<p>gemacht, als es darum ging, dort Einsparungen zu erzielen?</p> <p>[Ja, aber einen Standpunkt einzunehmen und präzise zu argumentieren.</p>	<p>Nun ist nicht meine Aufgabe als Opposition nicht, Ihnen das Leben angenehm zu machen.</p> <p>Darf ich noch mal?</p> <p>Nicht so nervös!</p> <p>Darf ich nochmal? Schlichtweg? Also. Das heißt, ^ zu sagen, dass wir für die 41-Stunden-Woche, habe ich im Landtag selber gesagt, in Ihrer Anwesenheit, das wissen Sie, also von daher verstehe ich Ihre Anmerkung jetzt nicht. Ich wollte einen zweiten Punkt sagen, Herr Steinbrück hat eben schon die Frage Steuer angesprochen. Nachdem wir in den letzten Jahren massive, weitere</p>
<p>00:19:00</p>		<p>Verschuldungen hatten von insgesamt in seiner Amtszeit von 32 Milliarden Euro ist nach, auch nach meiner Einschätzung jetzt^ kein Spielraum für große Steuersenkungen im</p>

	<p>Einkommenssteuerbereich mehr da. Aber: Wir brauchen ein vereinfachtes Steuerrecht. Niemand versteht mehr unser Steuerrecht, also ein Steuerrecht, das auch normale Leute, vor allen Dingen Mittelständler wieder verstehen. So wie Friedrich Merz das konzipiert hat. Und der dritte Punkt, und da ist übrigens ein sehr großer wirtschaftspolitischer Unterschied zwischen uns Zweien. Herr Steinbrück sagt, wir dürfen den Aufschwung nicht kaputt sparen, ich frage: ‚Welchen Aufschwung?‘ Das erzählen wir auch jetzt seit 20 Jahren, dass man</p>
<p>00:19:30</p>	<p>wenn^es keinen Aufschwung gibt, wenn es kein Wachstum gibt, man dann Schulden machen müsse um das anzukurbeln. Das Ergebnis ist, dass wir in Nordrhein-Westfalen inzwischen 13 Millionen Euro jeden Tag für Zinsen und Tilgung zu den Banken tragen, statt es zu investieren, statt Aufträge zu erteilen an den Mittelstand, an das Handwerk, an das Gewerbe. Das heißt, wir müssen konsolidieren, damit wir wieder den Spielraum kriegen für eine Wachstumspolitik hier in Nordrhein-Westfalen.</p>
<p>00:20:00</p>	<p>Dann müssen Sie konkret sagen, wo Sie konsolidieren wollen, Herr Rüttgers, nicht einfach nur</p>

ganz allgemein sagen, ‚Wir wollen konsolidieren‘. Oder der allgemeine Spruch ‚Alle müssen Opfer bringen‘. Sondern würde ich von Ihnen heute gerne hören: Wo wollen Sie denn Opfer bringen? Als ich im Haushalt 2004/2005 1,4 Milliarden eingespart habe, waren Sie gegen jeden meiner Einsparvorschläge! Gegen jeden einzelnen. Ihre Vorschläge waren teilweise so unreal, dass die Fachleute doch Mühe gehabt haben, sich das Lächeln nicht zu verkneifen. Ich möchte also genau wissen, wo sollen Opfer gebracht werden? Wir haben konsolidiert, wir haben übrigens die Staatsausgaben in Nordrhein-Westfalen

00:20:30

geringer als vor fünf Jahren, also auch aus meiner Zeit als Finanzminister und Ministerpräsident. Wir haben über die Steuerreform Mindereinnahmen jährlich jetzt von 4,5 Milliarden Euro. Wir zahlen nach wie vor sehr kräftig für den West-Ost-Ausgleich nach der deutschen Vereinigung. Wir zahlen nach wie vor sehr stark auch mit Blick auf den Länderfinanzausgleich. Alles Punkte, die uns das Leben schwer machen. Sie haben keine schlüssige Antwort, wie im Augenblick konsolidiert werden soll. Und das, was Sie bisher

	<p>dem Publikum angeboten haben, drei Dinge zur gleichen Zeit zu machen: Steuer zu senken, das war Ihr Standpunkt bis in den Februar,</p>
<p>00:21:00</p>	<p>zweitens Mehrausgaben, Sie versprechen Nordrhein-Westfalen sehr viele Mehrausgaben und drittens gleichzeitig einzusparen, ohne das Kind beim Namen zu nennen, wo denn, ist keine Position, die zum Anforderungsprofil eines Ministerpräsidenten gehört.</p> <p>[Alle.</p> <p>Also ich habe jetzt ein bisschen das Problem, bevor ich gesagt habe, wo ich sparen will, hat er schon gesagt, dass es nicht geht. So führen wir die Debatte schon seit längerem. Das ist eigentlich ^ nicht besonders sinnvoll. Es ist wahr, ich habe ^ Sachen, die Sie vorgeschlagen haben, abgelehnt. Zum Beispiel fand ich Ihre Einsparmaßnahmen bei Behinderten sozial ungerecht.</p>
<p>00:21:30</p>	<p>Wenn man den Therapeuten in den Körperbehindertenschulen streicht, dann habe ich ein Bild vor Augen von Kindern, die da im Rollstuhl in die Schule gefahren werden und nach zwei, drei Jahren, wenn die Lehrerinnen und die Therapeuten sich darum gekümmert, mit einem Kärchen über den Schulhof laufen können und lachen, weil sie ein</p>

<p>[Aber... [Aha.</p>	<p>Stück Autonomie bekommen haben, dann sage ich, ich halte das für falsch und für sozial ungerecht. Wir werden sparen müssen, zum Beispiel bei den Steinkohlesubventionen. Bei den Steinkohlesubventionen sage ich: Halbierung bis zum Jahre 2010. Wir müssen sparen im Bereich</p>
<p>00:22:00 [Das geht doch gar nicht! Das bringt doch gar nichts.</p>	<p>des Personals der Landesministerien und der Landesverwaltung. Da kommen wir nicht richtig voran. Wir müssen sparen im Bereich der Wohnungsbausubventionen etwa in Massenmieten Massenmietwohnungsbau. Wir müssen sparen im Bereich der Windenergie. Das ist eine Initiative in Berlin, damit ... natürlich geht das. Selbstverständlich bringt das was. Es sorgt dafür, dass die Energiekosten runtergehen. Was meinen Sie, was die Leute, wenn sie demnächst ihre Nebenkostenabrechnung bekommen, davon halten, dass Sie Milliarden in die Windenergie stecken, damit</p> <p>BREMER: [Herr Rüttgers, (uv) Stichwort (uv). [(uv).</p>
<p>00:22:30 [Sie wissen nicht Bescheid, Herr Rüttgers. [Sie wissen nicht Bescheid. Entschuldigung, da muss man drauf eingehen. Die</p>	<p>die Energiekosten nach oben holen und dann gleichzeitig noch unsere Landschaft verschandeln in einer Weise, wie es die gesamte industrielle Revolution nicht geschafft hat!</p> <p>KLOEPPEL:</p>

<p>Windenergie wird aus dem Landeshaushalt gar nicht gefördert. Kein Cent Einsparungen! Ja, aber Sie bieten das gerade hier an, dass da eingespart werden kann! Die Windenergie wird über die Tarifzahler gezahlt.</p> <p>Da sind Sie nicht präzise, die Windenergie wird, wenn sich bei der Windenergie was ändert, wird es am Landeshaushalt überhaupt keine Veränderungen geben und Sie müssen den Zuschauern</p>	<p>[Habe ich auch gar nicht gesagt.</p> <p>[Ich habe gesagt, dass da eingespart werden muss, damit die Energiekosten runtergehen, damit mehr Wachstum entsteht, mehr Wachstum führt nicht nur zu mehr Beschäftigung, sondern auch zu mehr Einnahmen beim Staat!</p> <p>[Ja was heißt denn präzise, das stimmt aber!</p>	<p>[Ja. Herr Steinbrück.</p> <p>BREMER: Jetzt geht es los.</p>
<p>00:23:00</p> <p>und Zuschauern sagen, wenn Sie die Steinkohlebeihilfen halbieren wollen bis zum Jahre 2009 sind die Folgekosten höher als die eingesparten Mittel. Das heißt, Ihr Versprechen, dass Sie bei Land abgeben, dass da für Bildung zu^, Geld für Bildung zur Verfügung steht, ist nicht präzise. Ist nicht korrekt.</p>	<p>Also jetzt eins nach dem ändern. Wenn Sie Milliarden in die Windenergie stecken, wenn Sie dafür sorgen, dass die Energie dadurch teurer wird, dann hat das zur Folge, dass die Leute mehr für Energie bezahlen müssen. Das merken die in den Nebenkostenabrechnungen, das merken die Unternehmen, schon</p>	

	<p>gar diejenigen, die viel Energie verbrauchen. Das bedeutet,</p>
<p>00:23:30</p> <p>[Wir reden über die Konsolidierung des Landeshaushaltes. [Bleiben Sie beim Thema. Wir reden über den Landeshaushalt.</p> <p>[Ja, wir führen ja ein Gespräch und keinen Frontalunterricht.</p>	<p>dass die Leute kein Geld haben zum Ausgeben, das bedeutet weniger Einnahmen bei den Steuern. Das ist eine Kette, die müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Ich habe gesagt, Herr Steinbrück. Wir werden natürlich nicht nur über Einsparungen, sondern über mehr Wachstum es schaffen müssen, den Haushalt zu konsolidieren. Beide Punkte sind notwendig. Ich habe Vorschläge gemacht, Sie haben mich unterbrochen, haben gesagt, ‚Das geht alles nicht‘. Jetzt, ja gut, aber, aber zu einem Gespräch gehört auch ausreden lassen. Also, der zweite Punkt, den Sie angesprochen haben bei der Steinkohle. Wenn das stimmen würde, was Sie sagen,</p>
<p>00:24:00</p> <p>[Das stimmt doch gar nicht! [Das stimmt doch gar nicht.</p>	<p>dann würde das ja bedeuten, dass bei Ihnen in Ewigkeit weiter dieselben Steinkohlesubventionen gezahlt würden. Das Problem ist, wir haben das Geld nicht mehr.</p> <p>BREMER: Ich frage jetzt mal den Ministerpräsidenten, sagen wir mal, ob wir uns das leisten können. Natürlich ist es richtig zu sagen, die Subventionen müssen runter. ^ Ich habe jetzt von Experten wiederholt gehört, dass man vielleicht bei der</p>

	<p>Kohle ganz anders neu oder neu nachdenken muss, weil es eine Renaissance gibt, weil es einen ständig wachsenden Energiebedarf gibt,</p>
00:24:30	<p>der auch möglicherweise nur durch Importkohle gedeckt werden kann, wenn sie deutlich teurer ist. Kann es nicht sein, dass eine Entwicklung kommt, in der selbst die deutsche Steinkohle wieder wettbewerbsfähig ist oder zumindest uns von der Abhängigkeit befreit, die wir jetzt haben, wenn wir zugleich keine Windenergie wollen oder jedenfalls nicht weiter fördern wollen und auch keine Kernenergie haben. Wie passt das alles zusammen?</p> <p>Erstens, die Förderung der Windenergie über die Tarifzahlung, die Stromtarifzahlung beträgt für eine Familie mit zwei Kindern 12 Euro im Jahr.</p>
00:25:00	<p>Und das hat mit dem Landeshaushalt überhaupt nichts zu tun, da ist Herr Rüttgers ausgewichen. Zweitens, in Teilen glaube ich, dass die Steinkohle wettbewerbsfähig werden kann, nämlich bei der Kokskohle, in der Veredelung von Koks für die Stahlindustrie. In anderen Teilen nicht. Ich teile den Eindruck, dass wir uns als importabhängiges Land einen gewissen Sockel erhalten sollten. Es gibt übrigens keinen anderen Bereich, der so</p>

	<p>schnell runterfahren ist und so intensiv runterfoh^gefahren worden ist in den Subventionen wie die Steinkohle und das geht bis 2012 weiter. Im Übrigen, nochmal, was Herr Rüttgers möchte, damit wir das ganz klar haben für alle, die uns zuhören,</p>	<p>KLOEPPEL: [Das...</p>
00:25:30	<p>läuft auf betriebsbedingte Kündigungen hinaus. Eindeutig und zwar regional konzentriert in Nordrhein-Westfalen! Mit dem Verlust von Lohn und Kaufkraft! Das bedeutet, dass dort Familienangehörige abhängig sind. Und es muss er den Beteiligten sagen. Das, was ich will, läuft nicht mehr auf einen sozialverträglichen Abbau hinaus, sondern auf betriebsbedingte Kündigungen. Das heißt, er schafft zusätzlich Arbeitslosigkeit! Und er schafft auch einen technologischen Fadenriss! Weil diese Steinkohle in einer Kette drin ist, wo wir eine exzellente Fördertechnik haben, eine exzellente Sicherheitstechnik und die beste Kraftwerkstechnik der Welt!</p>	
00:26:00		<p>KLOEPPEL: Das heißt, wir werden bei der Steinkohle im Jahr 2010, wenn wir Sie weiter als Ministerpräsident haben, genau auf demselben Niveau sein wie jetzt?</p>

Nein! Sondern die Verabredung mit der Bundesregierung, die Verabredung mit den Unternehmen, die Verabredung mit der Gewerkschaft lautet, dass das weiter in einen Sinkflug geht, das heißt, die Beihilfen nehmen ab, aber ich möchte keinen Fadenriss und ich möchte keinen Absturz. Und das, was Herr Rüttgers vertritt, ist ein Absturz!

Also jetzt haben wir zuerst schon einmal durch die letzte Bemerkung von Herrn Steinbrück, nachdem er vorher so getan hat, als ob die Welt untergeht, dass auch die Landesregierung und die

[(uv).

Bundesregierung die Sache nach unten fahren wird. Das heißt, wir diskutieren jetzt nicht um den Weltuntergang, sondern über die Frage, wie schnell und bis zu welchem Zeitpunkt wie viel eingespart wird. Das sind schon einmal zweierlei andere Sachen. Der zweite Punkt ist, ich ^ habe aus der Landesregierung, wir haben ja versucht^, von Ihnen Zahlen zu bekommen und Ihr Minister hat im zuständigen Ausschuss sich nicht in der Lage gesehen, ^ entsprechende Zahlen zu liefern. Wir haben in den letzten Monaten, eine Vielzahl von Zahlen bekommen. Da sollen 40.000 wegfallen, 30.000,

00:26:30

	<p>20.000, die letzte war 12.000. das heißt, je näher wir zu Wahl kommen,</p>
<p>00:27:00</p>	<p>desto weniger wird das. Ich sage, wir haben ein ganz einfaches Problem. Das Problem heißt ‚110 Milliarden Euro Schulden‘. Heißt ‚13 Millionen Zinsen und Tilgung jeden Tag!‘ Heißt: ‚Wir haben noch nicht mal mehr das Geld, unser Bildungssystem so auszustatten, wie wir es müssten, wir haben nicht das Geld, unsere Unis auszustatten wie wir es müssten, wir haben nicht das Geld, um Innovationen für neue Arbeitsplätze in Gang zu setzen. Und dann sage ich, es ist auch sozial fair, dem Kumpel gegenüber zu sagen, ‚wir machen jetzt mal einen Punkt im Jahre 2010‘,</p>
<p>00:27:30</p>	<p>Bis dahin halbieren wir und im Jahre 2007 reden wir über die Frage, wie es weitergeht. Das ist das, was ich dazu sage und ich finde, das ist ein faires Angebot, da kann man dann, übrigens gerade, Herr Bremer, auf dem Hintergrund der Tatsache, dass die Preissituation sich geändert hat und ja sogar jetzt versucht wird, einen Investor zu finden für eine neue Zeche für Kokskohle, man ja vielleicht sogar zu völlig anderen Bedingungen kommt.</p> <p>KLOEPPEL: [Okay.</p> <p>Herr Rüttgers, das haben wir soweit alles mitbekommen. Sie sagen natürlich, 13 Millionen Euro</p>

	<p>Zinsen jeden Tag ist eine schreckliche Größenordnung.</p>
<p>00:28:00</p> <p>[Alle Landesregierungen sind in demselben Schraubstock. Alle Landesregierungen sind in dem Schraubstock, dass die Steuereinnahmen geringer für uns werden. Viele Landesregierungen versuchen, ihre Ausgaben zu verringern, die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ist eine der wenigen, die das in den letzten fünf Jahren geschafft hat. Und dies bedeutet, dass wir in der Tat an vielen Stellen</p>	<p>Ich kann mir nicht vorstellen, dass Ihnen das Spaß macht, jeden Tag quasi 13 Millionen Euro an Banken zu zahlen. Also was haben Sie vor, um diesen Schuldenberg abzubauen? Irgendwo müssen Sie ja anfangen, Dinge einzusparen, die Sie sich im Moment noch leisten, die Sie sich in Zukunft nicht mehr leisten können. Was ist das?</p>
<p>00:28:30</p> <p>weiter einsparen müssen. Ich sage voraus, außer der Bildung, das ist mein einziges Versprechen in diesem Wahlkampf! Außer der Bildung wird es über alle Bereiche weniger Geld geben als vorher.</p> <p>Ich vermute, der Öffentliche Dienst wird weiter einen Beitrag liefern müssen. Nicht in dem Ausmaß wie Herr Rüttgers das darstellt.</p>	<p>KLOEPPEL: Wer konkret wird es am ehesten merken?</p>

	<p>Das funktioniert alles nicht, Sie können nicht 10.000 Leute an die Luft setzen im Öffentlichen Dienst, wenn Sie nicht auch dort betriebsbedingte Kündigungen haben wollen und seine Strategie läuft auf betriebsbedingte Kündigungen heraus. Wir müssen die Subventionen weiter abbauen. Ich habe seinerzeit mit Herrn Koch ein Instrumentarium vorgelegt, von dem ich glaube,</p>
00:29:00	<p>dass es erfolgreich sein kann und das wird auch weiter Anwendung auf den nordrhein-westfälischen Haushalt finden müssen.</p> <p>BREMER: Sparen klingt ja noch recht positiv. Wenn man genauer hinguckt, hat man aber häufig das Gefühl, hinter dem Sparen verbirgt sich eigentlich nichts anderes als der Abbau von Jobs. Sie sagen zugleich, sozial ist, was Arbeit schafft. Das klingt für Viele auch so, dass Sie Ihre Schutzrechte möglicherweise verlieren, immer Rüttgers in Verbindung mit</p>
00:29:30	<p>offiziellen Programmen der Bundes-CDU, die ja im Zusammenhang gesehen werden. Wenn Sie hier Ministerpräsident werden und diesen Spruch, ‚Sozial ist, was Arbeit schafft‘, durchsetzen wollen, was heißt das für die Arbeitnehmer? Mit welchen Opfern, Zumutungen müssen die rechnen?</p>

	<p>Das heißt zuerst mal anders, als Herr Steinbrück gerade behauptet hat. Da gibt es keine Abschaffung der Mitbestimmung, da gibt es keine Abschaffung der Tarifautonomie und keine Abschaffung des Kündigungsschutzes. Wir diskutieren über etwas, was Sie zum Beispiel im Bereich des Kündigungsschutzes höchstpersönlich im Jahre 2003 noch vorgetragen haben</p>
<p>00:30:00</p> <p>[Wow. [Wow. [Wow.</p> <p>[Kann er schon, das ist die Rechtslage!</p> <p>Ja, aber Sie sagen was Falsches! Das bin ich gar nicht, sondern Sie erzählen was Falsches, das ist Rechtslage!</p>	<p>als sehr sozial verträglich. Es ist doch, also, nach unserem Vorschlag, dass keiner, der jetzt einen Job hat, seinen Kündigungsschutz verlieren, sondern wir diskutieren über die Frage, ob jemand, der keinen Job hat und gerne einen hätte, mit seinem neuen Arbeitgeber vereinbaren kann, dass er für zwei Jahre auf den Kündigungsschutz verzichtet, darf ich bitte ausreden? Nicht so nervös! Nicht so nervös! Und stattdessen, und stattdessen über eine, über eine Abfindung verhandeln kann und das, was Sie als Rechtslage meinen, dass sind die ^</p>
<p>00:30:30</p> <p>[Bis zwei Jahre und vier Jahre bei Existenzgründern.</p>	<p>^ zeitlich befristeten Arbeitsverträge. Sie meinen bis zwei Jahre, die haben nur für jeden Mittelständler einen ungeheuren Bürokratieaufwand zur Folge. Und das ist was,</p>

	<p>was Sozialdemokraten anscheinend nie verstehen, dass Mittelständler was anderes zu tun haben, als sich nur um irgendwelche Formulare zu kümmern, die Sie Ihnen auf den Tisch legen.</p> <p>KLOEPPEL: Herr Steinbrück, ist das so, dass Mittelständler mit Formularen zu kämpfen haben?</p>
00:31:00	<p>[Nein, Sie haben eine Rechtslage, (uv) Herr Rüttgers spielt, entmündigt jedes Unternehmen, ob Mittelständler, ob großes Unternehmen, kann derzeit bis zu zwei Jahren befristet einstellen. Jeder Existenzgründer kann befristet vier Jahre einstellen. Und ab 52, ^ im Alter für Beschäftigte, gilt quasi nicht der Kündigungsschutz. Das sind alles nicht die Hauptpunkte. Sie brauchen am Kündigungsschutz nichts zu verändern. Sie müssen den Menschen einige Sicherheiten geben. Und die Einlassungen von Herrn Rüttgers zur Mitbestimmung und Tarifautonomie, die sind, gelinde gesagt, befremdlich, denn seine Partei in weiten Teilen stellt die Mitbestimmung infrage. Am weitest gehenden sein möglicher Koalitionspartner. Man muss nur Herrn Westerwelle und Herrn Pinkwart zuhören. Und an der Tarifautonomie fummelt die CDU ja bekanntlicherweise auch</p>

	<p>herum, während ich sage, das, was wir im Augenblick haben, hat sich bewährt! Und: Es sind Vereinbarungen</p>	
<p>00:31:30</p>	<p>im Rahmen der Flächentarife möglich, die in Nordrhein-Westfalen zu sehr angepassten Lösungen führen. Übrigens auch zur Verlängerung von wöchentlichen Arbeitszeiten. Es ist längst Fakt. Das Ding ist nicht so sehr, an der Realität dran zu sein.</p>	<p>[Also wenn ich... [...einen Vorschlag mache, wo er jetzt sagt, das gibt es doch alles schon, dann kann es ja nicht so schlimm sein, dass er plakatiert und sagt, ‚Der Rüttgers betreibt Sozialabbau‘. Und in der Frage Tarifautonomie: Gott sei Dank macht zum Beispiel die IG-Metall</p> <p>BREMER: [Wenn Herr Rüttgers, [Wenn Herr Rüttgers nochmal replizieren will, dann bitte ganz kurz, wir würden nämlich gern noch ein anderes Thema in diesem Zusammenhang bearbeiten.</p>
<p>00:32:00</p>	<p>[Das kann ich nicht so stehen lassen, Herr Rüttgers, Sie sind nicht bei den Fakten. Sie sind nicht informiert, Sie wissen nicht Bescheid. In Nordrhein-Westfalen hat die IG-Metall mit Unternehmen, die es</p>	<p>in Bochum bei Opel oder im Siemens, Kamp-Lintfort, in Bocholt, Ergänzungstarifverträge, wo zum Beispiel Mehrarbeit vereinbart wird, das geht in großen Unternehmen. Wo es nicht geht, ist bei den kleinen Mittelständlern. Da will ich es einführen, bei den kleinen Mittelständlern, mit kleinen Bündnissen für Arbeit und dagegen wehrt sich die SPD, dagegen wehrt sich Herr Steinbrück... Herr Steinbrück und das finde ich nicht in Ordnung.</p>

	<p>nötig haben, die in Schwierigkeiten sind, 450 Vereinbarungen geschlossen,</p>	
<p>00:32:30</p>	<p>davon sind zwei Drittel Mittelständler. Sie können nicht auf Dauer sich so weit von den Fakten immer trennen in Ihren Beiträgen wie Sie das tun.</p> <p>[Ja.</p> <p>[Doch, ich belege es ja gerade. Sie weichen aus. Sie haben gesagt, ‚Mittelständler können dies nicht‘. Ich habe Sie darauf hingewiesen,</p>	<p>[Also Herr Steinbrück, ich habe exakt gesagt, dass die IG-Metall das macht, ich habe zwei Beispiele aus dem großen Bereich genommen, habe gesagt, es gibt andere Bereiche. Und ich sage, ich will, dass alle Betriebe es können und nicht jedes Mal ein Tarifvertrag gemacht wird, sondern dass jeder Betrieb es kann durch eine Regelung im Tarifvertragsgesetz. Das ist das, was ich gesagt habe und dann sagen Sie, ‚Das stimmt nicht‘. Und dann können Sie es nicht belegen. Also sollten Sie nicht sagen, dass es nicht stimmt.</p>
<p>00:33:00</p>	<p>dass von den 450 Vereinbarungen...</p> <p>[Das sind keine Ergänzungstarifverträge, sondern es sind Vereinbarungen, die geschlossen werden und das können Mittelständler</p>	<p>[Nur, wenn es einen Tarifvertrag gibt, den gibt es aber nicht für jeden kleineren und mittleren Betrieb. Als ob ein Betrieb mit 50 Leuten einen Ergänzungstarifvertrag bekommt. Das können Sie irgendwem erzählen, aber doch nicht dem mittelständischen Unternehmer.</p> <p>[Es sind</p>

<p>und das funktioniert so.</p> <p>Sie können jedenfalls Ihre These nicht aufrechterhalten, als ob kleine und mittlere Unternehmen dort benachteiligt sind. Das sind sie nicht!</p>	<p>Ergänzungstarifverträge, denn sonst können Sie ja an den Flächentarifvertrag halten.</p> <p>[Ja selbstverständlich! Diejenigen, die keinen Flächentarifvertragsänderungen bekommen von der IG-Metall, die können es nicht und ich will,</p>
<p>00:33:30</p>	<p>dass der die Unternehmensleitung, der Betriebsrat und die Belegschaft das bestimmen können, ohne, dass sie vorher fragen müssen und die kriegen sie eben nicht genau von den Gewerkschaften, weil die alles von oben fremdbestimmen wollen, das ist das Problem.</p> <p>KLOEPPEL: [So. Jetzt wollen wir ein anderes Thema auch noch aufgreifen, das liegt natürlich auch mit dem Bereich Arbeitsplätze ^ befasst. Und zwar geht es um junge Menschen. Junge Menschen in Nordrhein-Westfalen, die häufig auch nicht mehr die Möglichkeit sehen, eine Ausbildungsstelle zu bekommen. Eine davon möchten wir uns mal ganz kurz anhören. -- Liegt uns im</p>
<p>00:34:00</p>	<p>Moment nicht vor. Schade eigentlich, ich dachte, wir hätten hier eine junge Dame. Und zwar ist es so, dass viele junge Leute in Nordrhein-Westfalen tatsächlich das Problem haben, sie bekommen</p>

	<p>keine Lehrstellen mehr. Über das Thema wollen wir uns gleich unterhalten, über das Thema ‚Wie wollen wir jungen Menschen helfen?‘. Ganz besonders auch natürlich über die Frage, ‚Wie wollen wir jungen Menschen eine Möglichkeit geben, eine gute Ausbildung hier im Lande zu erhalten?‘ Nicht nur in einer Lehre, sondern auch in der Schule oder im Studium. Dazu kommen wir gleich, wir sehen uns in ein paar Minuten.</p> <p>(WERBUNG bis 41:17)</p>
<p>00:41:00</p>	<p>KLOEPPEL: Weiter geht es hier mit unserem TV-Duell zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, die beiden Kontrahenten, Peer Steinbrück, der Minister-</p>
<p>00:41:30</p>	<p>präsident von Nordrhein-Westfalen und Jürgen Rüttgers haben sich ja hier in der vergangenen halben Stunde schon ein gutes Schirmmützel geliefert. Wir haben eben gerade schon gesagt, hier bei uns in diesem Industriepark in Duisburg-Nord, dass sich viele Menschen in Nordrhein-Westfalen, ganz besonders die Jungen, sich natürlich Gedanken darüber machen, wie sieht es mit ihrer Zukunft aus? Zur Zukunft gehört natürlich auch eine gute Ausbildung in der Schule, in der Lehre und natürlich auch im Studium. Wir haben eine Studentin einmal gefragt,</p>

	<p>denn sie vertritt in gewisser Weise auch die Meinung von vielen anderen Menschen, die sich Gedanken darüber machen,</p>
<p>00:42:00</p> <p>[Ja. [Ja.</p>	<p>ob das Studium ihnen in Nordrhein-Westfalen in Zukunft erleichtert oder erschwert wird.</p> <p>MAZ: „Ich studiere Geschichte im 10. Semester an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf. Es ist bereits jetzt schon schwierig, sich sein Studium zu finanzieren. Wenn jetzt auch noch allgemeine Studiengebühren eingeführt werden, dann ist das Studium wirklich nur noch etwas für Reiche.“</p> <p>KLOEPPEL: Herr Steinbrück, können Sie diese junge Frau beruhigen, dass es mit Ihnen keine</p>
<p>00:42:30</p> <p>[Ja. Ich glaube, dass Bildung nicht zum Luxusgut werden darf. Das heißt, dass wir die Universität nicht verbarrikadieren dürfen für die jungen Frauen und Männer, die aus Elternhäusern kommen, die nicht so betucht sind. Deshalb bin ich gegen Studiengebühren für das Erststudium und das wird es mit mir nicht geben. Wenn ich darauf hingewiesen werde, ‚Na stell‘ dich mal nicht so an, 500 Euro‘, versuche ich mir</p>	<p>Studiengebühren geben wird?</p>

	<p>vorzustellen, wenn ein Metallarbeiter in einer Leichtlohngruppe, der eine Tochter, einen Sohn hat, beide möchte er gerne auf eine Fachhochschule, eine Uni schicken, der müsste 150 Euro pro Monat zusätzlich finanzieren, das sind wahrscheinlich mehr als</p>	
00:43:00	<p>zehn Prozent seines verfügbaren Einkommens.</p> <p>Das verbessert nicht automatisch die Lehre, sondern das, was wir mit dem Hochschulkonzept in Nordrhein-Westfalen verfolgen, nämlich auch die Qualität der Lehre prüfen und beurteilen zu lassen von den Studenten, das ist ein konkreter Beitrag, wie wir auch die Qualität der Lehre verbessern können. Wenn es zu Wanderungsbewegungen kommt, werden sich die Ministerpräsidenten aller 16 Länder darüber unterhalten müssen,</p>	<p>KLOEPPEL: Wenn aber in anderen Bundesländern in Deutschland eingeführt werden, was automatisch ja wohl auch die Qualität der Lehre verbessern sollte, haben Sie nicht Angst, dass die Menschen dann gar nicht mehr nach Nordrhein-Westfalen kommen, um zu studieren?</p>
00:43:30	<p>was das aufnehmende Land dann gegebenenfalls von dem abnehmenden Land dafür erwarten kann. Nordrhein-Westfalen ist</p>	

bereits ein
Studentenimportland, was
für die Attraktivität unserer
Universitäten durchaus
spricht, noch einmal unter
dem Strich ‚Luxus ^ Bildung
darf kein Luxus sein‘. Wir
werden keine
Studiengebühren für das
Erststudium erheben.

BREMER:

Also ganz nachvollziehbar
ist das, glaube ich, nicht.
Es gilt doch eigentlich die
Prämisse ‚Fördern und
Fordern‘. ^ Jedenfalls gilt
sie im Sozialbereich.
Warum kann ich eigentlich
nicht von Studenten, die

studieren, um später in
Berufe zu kommen, die
auch deutlich besseres
Geld mitbringen, jedenfalls
im Regelfall, nicht
erwarten, dass sie
eigentlich dafür auch etwas
zahlen zumal
Kindergärtenplätze
Gebühren verlangen? Da
ist doch irgendwie eine
Unlogik drin.

00:44:00

Natürlich nicht. Der erste
Punkt, wenn Sie übergehen
auf
Studentenkreditprogramme
oder
Studienkreditprogramme,
wie sie in der CDU ja nicht
erst seit gestern, sondern
ich glaube schon seit Mitte
der 90er Jahre, auch von
Herrn Rüttgers namentlich
diskutiert werden, dann
können Sie ausrechnen,
dass bei einem
monatlichen Kredit von 650
Euro

00:44:30	<p>Sie nach acht Semestern oder neun Semestern eine Schuld von ungefähr 47.000 bis 48.000 Euro haben. Da haben Sie aber lange dran abzuzahlen. So und die Tatsache, dass wir Gebühren haben im Kindergartenbereich, ja, das hängt mit der Finanzierung der Kindergärten zusammen, ich kann die Menschen nicht entlasten von diesen Gebühren. Nur dies als logischen Ansatz dafür zu nehmen, dass ich dann auch noch Gebühren erhöhe oder ^ Gebühren erhebe vielmehr für die Studenten, das ist in sich nicht logisch.</p>	<p>BREMER: Herr Rüttgers, kann bei Ihnen zukünftig nur noch jemand studieren, der einen Geldkoffer dabei hat?</p>
00:45:00	<p>Nein. Ich will, dass man in Zukunft auch in Nordrhein-Westfalen studieren kann. Unabhängig davon, ob die Eltern arm oder reich sind. Schauen Sie, ich war selber lange, lange Zeit gegen Studiengebühren, wegen meines eigenen Lebenswegs. Mein Vater war Elektriker, da war es auch nicht so, dass das einfach mit dem Geld so ging. Als ich nach Nordrhein-Westfalen in den Landtag kam, habe ich gesehen, wie es da im Haushalt aussieht. Ich habe gesehen, dass ^ bei dieser Zahl von 110</p>	

	<p>Milliarden Euro Schulden das Land nicht das Geld hat, unseren Hochschulen das zu geben, was sie brauchen, um international</p>
00:45:30	<p>sich im Wettbewerb mit den anderen Hochschulen in USA, in England behaupten zu können. Wenn ich aber will, dass man studieren kann; wir haben übrigens nicht ^ zu viele Studenten, wir haben zu wenig Studenten und es ist nicht so, als ob das jetzige gebührenfreie System sehr sozial sei! Denn das ist ja auch durch Gutachten belegt, dass ^ wir einen unterdurchschnittlichen Anteil von Arbeiterkindern an den Studierenden haben. Also wenn man jetzt versucht, da eine Lösung zu finden, dann würde ich dem jungen Mädchen sagen,</p>
00:46:00	<p>,Sie können auch in Zukunft weiter studieren, auch dann, wenn Sie von zu Hause keine Hilfe bekommen', selbst dann, wenn man Studiengebühren einführt, das kann man so machen, wie es anderswo auf der Welt ^ Beispiele gibt, für die übrigens auch Herr Steinbrück in früheren Jahren plädiert hat, wo man dann, wenn man das Geld nicht hat, erst dann bezahlt, wenn man im Job ist. Wenn man also wirklich dann nach dem Studium einen Job hat. Wir reden übrigens, wenn man mal</p>

	<p>von 500 Euro ausgehen, bei einem Studium, so wie sie gerade eingeführt werden hier bei uns in Nordrhein-Westfalen mit dem Ziel Bachelor,</p>
00:46:30	<p>über sechs Mal 500, also über 3.000 Euro. Und jetzt sage ich Ihnen noch mal...</p> <p>Die, über die ich rede. Ich will es übrigens gar nicht für das Land haben, sondern dass die Uni das entscheiden können. Wenn sie weniger nehmen, können sie es nehmen. Wir reden insgesamt um[^]über 180 Millionen pro Jahr, also ein wirklich wichtiger Betrag, der für unsere Hochschulen dann zur Verfügung stünde. Und beim Abwägen, ob das sozial gerechtfertigt ist, kommt nicht nur, Herr Bremer, das Argument mit den Kindergärten, für die bezahlt werden muss, sondern auch, dass es ja auch nicht ganz überzeugend ist, dass</p>
00:47:00	<p>die Putzfrauen in Nordrhein-Westfalen, diejenigen, die wenig verdienen, mit Ihren Steuergeldern dann auch das gebührenfreie Studium bezahlen, für welche, die aus reichen Elternhäusern kommen! Auch das, glaube ich, ist nicht sehr gerecht.</p> <p>BREMER: Ich nehme mal an, Herr Steinbrück, dass Sie nicht so stehen lassen wollen</p>

	<p>Nein. Ich stimme in einem einzigen Punkte überein, nämlich, dass die Akademikerquote zu gering ist. Wir brauchen eine höhere Akademikerquote in Deutschland. Aber für viele Kinder,</p>	<p>oder ist das eine Argumentation, die richtig ist und wo Sie keine Antwort mehr haben?</p>
<p>00:47:30</p>	<p>die nicht aus Akademikerfamilien kommen, ist eine solche Studiengebühr etwas Abwehrendes. Und so empfinden es auch die Elternhäuser. Und es... nee, Moment, noch zwei Bemerkungen. Und die Tatsache, dann gehe ich auf eine nachgelagerte Erhebung der Studiengebühren ^ hinaus. Das bedeutet ja, dass erst mal staatlich vorfinanziert werden muss. Und das bedeutet, dass der staatliche Haushalt ja erst mal belastet wird. Mal abgesehen davon, dass es teilweise sehr schwierig sein wird, dann von diesen Studentinnen und Studenten, insbesondere denjenigen, die aus dem Ausland kommen, das wirklich zu bekommen, was Herr Rüttgers gerade beschrieben hat. Ich glaube nicht daran.</p>	<p>BREMER: [Liegt das...]</p> <p>BREMER: Liegt das vielleicht auch daran, dass wir zu wenig</p>
<p>00:48:00</p>		<p>Studenten haben, weil die Schulen nicht mehr die richtigen, in Nordrhein-</p>

	<p>Das ist eine der berühmten Unwahrheiten, die die CDU plakatiert und zwar wider besseren Wissens. Das nehme ich auch richtig übel. Denn sie bezieht sich auch eine Zahl aus dem Jahre 2003 und gibt den Menschen nicht bekannt, dass das ein Unterrichtsausfall von vier Prozent war und es wäre sehr fair, es wäre geradezu ein Ausweis an Souveränität, wenn Herr Rüttgers zugeben würde, dass wir seit dem 2.300 Lehrer eingestellt haben und - den Lehrerinnen und Lehrern</p>	<p>Westfalen die richtigen Voraussetzungen haben, weil zu viel Unterrichtsausfall ist?</p>
00:48:30	<p>eine zusätzliche wöchentliche Unterrichtsstunde aufgebracht haben, für die ich ja keine Beliebtheitspunkte gekriegt habe. Und darüber sind wir bei einem Unterrichtsausfall, der genauso hoch ist wie in Baden-Württemberg oder Hessen, nur mit dem Unterschied, dass die CDU-regiert sind und wir sind SPD-regiert und bei uns ist es ein Skandal, bei denen nicht.</p>	<p>KLOEPPEL: Kommen wir ganz kurz noch zu einem letzten Thema. Sie können natürlich keine Politik machen, wenn Sie alleine wollen. In</p>

	<p>Nordrhein-Westfalen wie auch in anderen Ländern sind Koalitionen notwendig. Beispielsweise auch eine Koalition, die Sie brauchen, um beispielsweise an der Hochschulpolitik zu machen. Können Sie mit den</p>
<p>00:49:00</p> <p>[Ich glaube,</p> <p>Ich glaube immer noch, dass der Hund mit dem Schwanz wackelt und nicht der Schwanz mit dem Hund. Und ich als größerer Partner hier in Nordrhein-Westfalen, ich werde keine Realschule, kein Gymnasium abschaffen gegen den Willen von Eltern oder Schülern. Aber ich will auch keine Tabuisierung wie die CDU. Wir haben uns im Lichte von PISA mit der Frage zu beschäftigen, wie soll unser Schulsystem in der Zukunft aussehen. Das insbesondere auch Qualifikation verbessert und eine indi-</p>	<p>Grünen in Zukunft weiter Erziehungspolitik machen, hier in Nordrhein-Westfalen, wenn die Grünen in anderen Ländern auch fordern, es soll eine Einheitsschule geben? Wird es das in Nordrhein-Westfalen geben?</p>
<p>00:49:30</p> <p>viduelle Förderung. Und da darf man vielleicht nach der Wahl sich zusammensetzen und drüber nachdenken. Diejenigen, die im Augenblick die Axt am Schulsystem anlegen, das ist die CDU. Sie will die</p>	

<p>Gesamtschulen abschaffen, da sind 225.000 Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen, die im höchsten Maße verunsichert sind, wollen die zusammenlegen mit den Hauptschulen.</p> <p>[2003.</p>	<p>BREMER: Herr Rüttgers, eine kurze Erwiderung, wenn Sie länger sind, müssen wir es von Ihrem Schlusstatement abziehen, weil die Zeit läuft.</p> <p>Na das ist aber nicht besonders fair, Herr Bremer. Also erstens, erstens, die Zahl fünf Millionen, die Zahl fünf Millionen Unterrichtsausfall ist von der Kultusministerin selbst bestätigt worden,</p> <p>[Na die Zeit läuft!</p>
<p>00:50:00</p> <p>[Unsinn! [Das ist eine Unwahrheit, Herr Rüttgers!</p> <p>[Nein! Das ist eine Unwahrheit, die Sie hier verbreiten! [Nein.</p> <p>[Lesen Sie den gesamten Haushalt. Sie können sich doch nicht einfach auf eine Behauptung versteifen!</p>	<p>das sind Zahlen aus dem Jahre 2003, die letzten, die die Landesregierung veröffentlicht hat. Und im nächsten Jahr will sie nach ihrem eigenen Haushalt weitere 777 Lehrerstellen streichen.</p> <p>Das ist das, was im Haushalt drin steht, dann streichen Sie es zurück. Und ich darf Sie herzlich bitten, seien Sie etwas freundlicher oder vorsichtiger, ich lese, ich habe nur das gesagt, was im Haushalt drin steht, vielleicht so viel zuerst mal zur Richtigstellung dessen, was er sagt. Und seine eigene Kommission hat übrigens, seine eigene Zukunftskommission eine Einheitsschule</p>

<p>00:50:30</p>	<p>Das ist eine klare Unwahrheit, was zu den Lehrerstellen gesagt wird und das darf man auch nicht so stehen lassen, es tut mir leid. Wir haben seit 2000, seit dem Jahr 2000 4.100 Lehrerstellen geschaffen, seit 2003 2.300 Lehrerstellen und das müsste Herr Rüttgers anerkennen.</p> <p>[Unsinn. Werden Sie nicht polemisch, das macht doch keinen Sinn.</p>	<p>vorgeschlagen, das kann man auch alles nachlesen.</p> <p>[Für Englisch, für Englisch und für Ethik und für andere Sachen, für Unterrichtsausfall haben Sie nichts geschaffen.</p>	<p>BREMER: [Herr Steinbrück, den Streit können wir nicht länger weiterführen.</p> <p>KLOEPPEL: [Das ist ein wunderbarer Streit, ich denke...</p> <p>Das ist ein wunderbarer Streit, ich denke, den werden Sie auch noch fortführen können. Es wird ja noch ein zweites Duell geben, dass Sie dort auch noch mal diese Argumente austauschen können. Wir wollen Ihnen beiden aber auch noch die</p>
<p>00:51:00</p>	<p>Ich glaube, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, dass es in der Tat um eine Richtungswahl in Nordrhein-Westfalen geht. Ob wir beides weiterhin können, dieses Land stärker zu machen in einem Strukturwandel, was uns gelingen, gelungen ist ohne schwere Zerreißproben, ohne</p>		<p>Möglichkeit geben zu einem Schlussstatement. Wir haben uns darauf geeinigt, nicht zu lang und nicht zu kurz. Herr Steinbrück, bitte schön.</p>

	<p>Verwerfungen in diesem Land. Und auf der anderen Seite den Zusammenhalt in dieser Gesellschaft zu sichern und der ist gefährdet, an vielen Stellen. Das heißt, es geht konkret um die Frage, ob wir die Ganztagsbetreuung weiter ausbauen. Ob wir der neuen Rolle der Frau</p>
<p>00:51:30</p>	<p>in dieser Gesellschaft, ihr die Möglichkeit geben, Kinder und Beruf miteinander zu verbinden. Es geht darum, ob wir bewährte Konstanten unserer Sozialpartnerschaft aufhalten/aufrechterhalten: Zum Beispiel Mitbestimmung und Kündigungsschutz. Es geht darum, dass wir einen richtigen Rahmen und verlässlichen Rahmen für die Energiewirtschaft in Nordrhein-Westfalen aufrechterhalten. Wir sind das Energieland Nummer Eins. Wir haben gerade verabredet ein Investitionsvolumen von fünf bis sechs Milliarden Euro. Es geht darum, ob wir hier die Balance halten. Es geht auch darum, dass Bildung kein Luxus sein kann. Deshalb bin ich ganz klar</p>
<p>00:52:00</p>	<p>gegen die Einführung von Studiengebühren.</p> <p style="text-align: right;">BREMER: [Herr Rüttgers, Sie haben das Wort.</p> <p>Die Bürgerinnen und Bürger haben sich jetzt einen Überblick verschaffen können, wie die unterschiedlichen</p>

	<p>Positionen sind. Nordrhein-Westfalen ist ein wunderbares Land. Es hat ungeheure Möglichkeiten, ungeheure Chancen. Es wird nur schlecht regiert. Das möchte ich ändern. Sie wissen, dass mit der SPD, mit Rot-Grün, alles immer nur härter wird und eigentlich nichts besser wird. Ich will, dass es wieder besser wird in Nordrhein-Westfalen. Dafür müssen wir durchstarten,</p>
00:52:30	<p>für mehr Wachstum und Beschäftigung. Es muss auch wieder bei uns investiert werden, in neue^{neue} Arbeitsplätze und nicht nur in Osteuropa. Wir müssen durchstarten bei der Bildungspolitik, indem wir den Unterrichtsausfall von fünf Millionen Stunden jedes Jahr beseitigen. Wir müssen durchstarten, indem wir den Bürokratiedschungel, den es in unserem Land gibt, endlich so holzen, dass man wieder frei etwas unternehmen kann. So kommt Nordrhein-Westfalen wieder nach vorne. So erreichen wir, dass es wieder aufwärts geht in Nordrhein-Westfalen. Ich möchte dazu gerne,</p>
00:53:00	<p>wenn Sie mir Ihr Vertrauen schenken, einen Beitrag leisten und bitte Sie um Ihre Unterstützung, aus Liebe zu Nordrhein-Westfalen.</p>

	<p>KLOEPPEL: Das waren die letzten Worte heute für Jürgen Rüttgers. Herzlichen Dank, Ministerpräsident Steinbrück, herzlichen Dank, Herr Rüttgers, dass Sie sich die Zeit genommen haben, hier mit Florett zu fechten, manchmal auch mit der Keule, vielleicht ein wenig auch mit Nadelstichen. Ich denke, dass die Zuschauer sich ein Bild von Ihnen beiden machen konnten.</p> <p>BREMER: Und vielleicht ein bisschen Orientierung[^]orientierung zusätzlich gekriegt haben, ein paar Informationen, die Sie noch nicht kannten.</p>
00:53:30	<p>KLOEPPEL: Und entscheidend ist natürlich, dass Sie, verehrte Zuschauer, auch zur Wahl gehen, wenn Sie in Nordrhein-Westfalen leben. Wahlbeteiligungen von nur gut 50 Prozent ist eigentlich nicht das, was wir in unserer Demokratie erwarten sollten. Also, nehmen Sie das hier zum Anlass, noch mal über Politik nachzudenken, nehmen Sie es auch zum Anlass, tatsächlich dann an die Wahlurnen zu gehen am 22. Mai, hier in Nordrhein-Westfalen. Bis dann.</p> <p>BREMER: Bis dann.</p>